

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:	
monatlich	Kr 16.—
vierteljährlich	48.—
halbjährig	96.—
ganzzährig	192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Trivales Spiel.

Wenn der Arbeiter nach den Ursachen des Machtaufstieges der sozialen und kulturellen Reaktion, wenn er nach den Ursachen seiner eigenen Verelendung fragt, gegen die erfolgreich anzukämpfende Kraft seiner politischen und gewerkschaftlichen Organisationen augenblicklich nicht ausreicht, so muß sich ihm die Antwort aufdrängen, daß die wesentlichste Ursache in der Zersplitterung der Arbeiterbewegung liegt. Er weiß aus Erfahrung: so lange das Proletariat durch Richtungskämpfe nicht zerrissen war, war es im Aufstieg begriffen, rang den kapitalistischen Mächten Zoll um Zoll Boden ab und stand deren Angriffen wohlgeappnet gegenüber. Er fragt sich daher: warum kann es nicht sein wie früher, da die Arbeiterschaft im Gleichschritt ihrer geschlossenen Paradien erfolgreich verwärtsmarschierte, während sie jetzt kaum imstande ist, früher Ertrungenes vor dem Ansturm der Bourgeoisie zu verteidigen. Er weiß auch, daß das Proletariat eine unbefugbare Macht sein könnte und daß die kapitalistische und kulturelle Reaktion nicht so froh ihr Haupt erheben könnte, wenn die Arbeiterklasse ihre Geschlossenheit wiederfinden würde.

Dieses tiefe Sehnen nach Einigkeit und Einheit haben die Kommunisten in den Dienst ihrer Agitation gestellt, einer Agitation, die ebenso demagogisch, wie verlogen und unaufrichtig ist. Von allen ihren gleichenden und ähnlichen Behauptungen ist nichts übrig geblieben, keine ihrer Prophezeiungen hat sich erfüllt, alle ihre Parolen, die sie in Massen gebären wie ein Rauteschnecken seine Jungen, sind in Schall und Rauch aufgegangen. In der täglichen Praxis offen sie mit ihrem Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiterschaft den verhassten „Reformismus“ der Sozialdemokratie nach, allerdings ohne jedweden Erfolg und ohne die geringste Aussicht auf einen solchen. Wie sollen sie aber doch die Arbeiterschaft von der Güte des Moskauer Kommunismus zu überzeugen lassen? Nichts ist ihnen als Mittel dazu übrig geblieben, als der Schmutzklübel, der täglich neu gefüllt wird, die Heberliteratur der sozialdemokratischen Forderungen und — die Parole der proletarischen Einheitsfront.

In den Augen denkender und bewußtseinsvoller Arbeiter sind die Kommunisten jedes Recht verwehrt, sich als Anwälte der sozialistischen Einheitsfront aufzuspielen. Einheitsfront heißt nicht nur die Gleichheit der Ziele, sondern auch die Gleichheit des Weges und — nicht zuletzt — auf beiden Seiten Willen und Ehrlichkeit voraus. Wenn die Kommunisten mit ihrem Ruf nach der Einheitsfront zugucken, daß wir das selbe wollen wie sie, warum haben sie die früher bestandene einheitliche Front der sozialistischen Arbeiterschaft zertrümmert? Wenn sie ehrlich und aufrichtig die Einheitsfront des Proletariats erstreben, warum machen sie damit nicht in Rußland den Anfang? Dort aber erklären sie, die Parole der Einheitsfront gelte nur für die kapitalistischen Staaten, nicht aber für Sowjetrußland und sie begnügen sich, ihren Einheitsfrontwillen durch Einferkerung und Verbannung aller Sozialdemokraten zum Ausdruck zu bringen. In Rußland lehnt die herrschende kommunistische Partei seit Anbeginn ihrer Herrschaft nicht nur jede gemeinsame Kundgebung mit den sozialistischen Parteien ab, sie duldet auch nicht deren leiseste Regung, verbietet ihre Presse und erlaubt nicht einmal den Straßenverkauf ausländischer sozialistischer Zeitungen, wogegen kapitalistische Blätter anstandslos verkauft werden können. Es kann bei ihnen und uns auch von einer Gleichheit der Wege keine Rede sein, denn keine der kommunistischen Sektionen ist in ihren politischen und taktischen Entschlüssen frei, sie darf nur insoweit auf die gegebenen proletarischen Kampfbedingungen in einem Lande Rücksicht nehmen, als es ihr die Zentrale erlaubt. In der Leitung einer jeden Sektion sitzen moskowitzische Aufsichtspersonen und

Invaliddemonstration auf der Ringstraße.

Auch die österreichische Regierung will auf Kosten der Invaliden sparen.

Wien, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Heute nachmittags haben die Kriegsinvaliden auf der Ringstraße gegen die von der Regierung geplante Verschlechterung des Invalidenentschädigungsgesetzes eine große Demonstration veranstaltet. Zunächst fand in der Volkshalle eine große Versammlung statt, zugleich aber, da die Halle die zahlreich erschienenen Invaliden nicht fassen konnte, auch eine Rieserversammlung auf dem Rathausplatz. Nach der Versammlung wurde ein Demonstrationsszug über die Ringstraße veranstaltet, an dessen Spitze Kriegsschwerhörige mit ihren Hundebegleitern marschierten, die in kleinen Wagen selbst fortbewegen, und Krüppel mit Pfosten, Krücken und Stöcken zogen. Hinterher folgte ein riesiger Zug von sonstigen Invaliden. Vor dem Parlament wurden stürmische Rufe

gegen die Regierung ausgestoßen. Man hörte: „Der Dank des Vaterlandes ist Hunger und Glend!“ „Für die Wunden hat die Regierung Geld!“ und ähnliche Rufe. Die erregten Invaliden konnten von ihren Vertrauensmännern nur mit Mühe zurückgehalten werden, den Kordon der Sicherheitswache zu durchbrechen. Zahlreiche Schwerverletzte wurden vor Erregung direkt bewußtlos.

Erst nach längerer Zeit gelang es, die Invaliden zu bewegen, daß sie über die Ringstraße wieder abzogen. Auch da kam es immer wieder zu stürmischen Kundgebungen gegen die Regierung und die Regierungsparteien. Auf dem Rathausplatz löste sich der Zug auf. Diese Massendemonstration machte auf die zahlreichen Zuschauer sichtlich einen großen Eindruck.

Um die deutsche Abrüstung.

Paris, 4. Dezember. Die Blätter betonen in ihren Kommentaren über die Zusammenkunft Briand mit Chamberlain und über deren Erklärungen das Einvernehmen der beiden Staatsmänner in der Frage der Abrüstung Deutschlands, die eine feste Grundlage für das Friedenswerk von Locarno bildet. Da auch

Belgien, Polen und die Tschechoslowakei, wie „Petit Parisien“ schreibt, mit Frankreich in der Politik gegenüber Deutschland vollkommen eins sind und Italien denselben Weg wie England zu verfolgen scheint, werden die Alliierten in der Lage sein, auf dieser festen und vollkommen einheitlichen Front die Debatte mit dem Vertreter Deutschlands zu eröffnen.

Spiene, die strenge darüber zu wachen haben, daß sie sich als Hüter des Kostaus betätigen und nicht den Notwendigkeiten der Arbeiterklasse des Landes, als vielmehr den Bedürfnissen des sowjetrussischen Imperialismus Rechnung tragen. Wie sollen wir, die wir vor allem als Beauftragte der sozialistischen Arbeiterschaft des Landes im täglichen Kampfe handeln, mit diesen ihres Willens beraubten Drohpuppen gemeinsame Sache machen können!

Am allerwichtigsten aber kann bei den Kommunisten bei ihrem Ruf nach der Einheitsfront von Ehrlichkeit die Rede sein. Es mag auch naive kommunistische Arbeiter geben, welche der Meinung sind, Einheitsfront wie sie die kommunistischen Führer verlangen, das wäre ein Zusammenschluß der sozialistischen Parteien mit der kommunistischen Partei zur Führung eines Kampfes mit bestimmten Zielen. Jene kommunistischen Sektionen, welche die Parole der Einheitsfront so aufgefaßt haben, wurden von den Moskauer Schulmeistern gehörig gerüffelt. Einowjow, der Vater der Einheitsfrontparole, ist wohl gegangen worden, aber die Auslegung, die er dieser Parole gegeben hat und seine Weisungen über ihre Handhabung gelten noch in vollem Umfange. Er war es, der im Juni 1924 eine Entschließung des Kongresses der kommunistischen Internationale diktierte, in der es heißt: „Die Taktik der Einheitsfront ist nur eine Methode der Agitation. . . Alle Versuche, diese Taktik als eine politische Koalition mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie anzusehen, sind ein Opportunismus, der von der kommunistischen Internationale verworfen wird. Die Einheitsfronttaktik war und bleibt die Taktik des revolutionären strategischen Manövers. . . in erster Linie gegen die verräterischen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie und keineswegs eine Taktik des Bundes mit diesen Führern.“ Wenn die Herren unter sich sind, machen sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube, nur wenn sie als Werber für ihre Partei vor die Arbeiter treten. Diesen sollen sie vor, die Arbeiterparteien könnten in diesen Dingen gemeinsam vorgehen, wenn dies die sozialdemokratischen Führer nicht verhindern würden. Systematisch verhindern sie aber selber das Zustandekommen der Voraussetzungen eines gemeinsamen Kampfes gegen die Bourgeoisie, um dann, wenn unsere Partei nicht willens

ist, auf das abgeleitete Entlohnungsmanöver hineinzufallen, in den kreischenden Ruf auszubringen: „Seht, Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, Eure Führer wollen nicht mit uns gegen die Bourgeoisie kämpfen!“

Kurz gefaßt ist den Kommunisten die Einheitsfrontparole nichts anderes als eines ihrer Mittel zur Fortsetzung ihrer Spaltungstätigkeit. Wie die ganze Agitation der Kommunisten auf Lüge und Heuchelei, auf Demagogie und Amoral aufgebaut ist, so auch ihr angebliches Streben nach der Einheitsfront, das ganz anderen Zwecken dient, als der Absicht, die von den Kommunisten zerstörte, geschlossene Kampffront des Proletariats wieder aufzurichten. Zur Warnung und Rohnung für jene Arbeiter, die etwa das Moskauer Rägenetz nicht sehen, sei ein Wort des ehemaligen reichsdeutschen kommunistischen Abgeordneten Kay Jützer, der das Wesen des Moskauer Kommunismus am eigenen Leibe erkennen mußte: „An keinem Hofe Europas ist Intrige, Heuchelei, Diplomatie, Heimtücke und Hinterlist so die allgemeine Etikette wie am Hofe zu Moskau. Wohl kaum ein deutscher Prolet, der auch nur wenige Wochen zur Komintern abkommandiert war, denkt nicht an dieses System des zu allgemeiner Staatsraison erhobenen Jesuitismus und Machiavellismus mit tiefster Verachtung und Erbitterung zurück. Im Interesse der russischen Staatsmacht gilt jedes Mittel als recht. Jede Injanie wird als „bolschewistisch“ gedeckt. Lüge und Verleumdung ist so gut „bolschewistisch“ wie heimliche Verhaftung und Mord. Man muß die härtesten Männer der Opposition vor dem geheimnisvollen „Bolschewismus“ zittern gesehen haben! Wie sie jede Stunde glauben, lautlos von der GPU, beseitigt zu werden! Wie sie keine fremde Speise mehr anrühren, wenn sie fühlen, „verdächtig“ zu sein! Und der Name „Erdklühnen“ (erste deutsche Grenzstation) war mehr als einmal Inhalt von Gefühlsausbrüchen und Schreikontakten — selbst bei den Ekstasiekranken! — die den Zuhörer aufstieffte erschütterten. Zu wenig, viel zu wenig weiß davon das Proletariat.“ — Auf diesem Boden ist die Einheitsfrontparole erproben. Das sagt mehr als genug.

Kampf dem Fascismus! Die Wogen der Verachtung steigen.

Eine Vortragsreihe: Eine Frau spricht in achtzehn Versammlungen sudetendeutscher Arbeiter über Italien. Unter normalen Umständen ein gar nicht besonders erwähnenswertes, ein keineswegs außergewöhnliches Ereignis. Aber die achtzehn Massenversammlungen, in denen Genossin Angelika Salabanoff über Leid und Unglück des italienischen Volkes, über die Schändung des Ruhmes und der Größe Italiens und über den Schmutz und die Schandlichkeit der Urheber dieses Unheils, über die Verbrechen des Fascismus sprach, — diese Versammlungen haben geschichtliche Bedeutung erlangt!

Nach gegen den Fascismus brauchte im sudetendeutschen Proletariat freilich nicht erst geworbt zu werden. Aus den täglichen Zeitungsmeldungen, aus Versammlungsreden und aus der Literatur kennen unsere Arbeiter den Fascismus, kennen sie die Schmerzen ihrer italienischen Klassengenossen, kennen sie auch die Gefahren, die den Arbeitern aller Länder durch den Fascismus drohen. Aber sie kamen in gewaltigen Massen in die Versammlungen der Genossin Salabanoff, um aus dem Munde einer Kennerin des italienischen Proletariats, jener Kämpferin und seiner Leiden, um von den Lippen einer Kennerin des Vorkommandanten und des Fascismus noch mehr über diese Kulturpest zu erfahren, sie kamen, um in der Genossin Salabanoff die Kämpferin gegen den Fascismus zu ehren und in ihr auch das geehrte italienische Proletariat. Und sie kamen, um ihre Kampfbereitschaft wieder dem Fascismus zu bekunden.

Wo immer Genossin Salabanoff sprach, brauchte sie der Jubel stürmischer Begeisterung entgegen, begleiteten Ausbrüche wilder Entrüstung ihre Schilderungen des Wütens der Horden Mussolinis, trugen heiße Tränen des Schmerzes in die Augen der Arbeiter, als sie die ergreifende Kunde von den grauenvollen Verfolgungen der italienischen Brüder hörten, redete sich der alle Arbeitenden verbindende Gedanke untreuer Soldatentat auf. Wir alle haben vom Fascismus viel gewußt, haben ihn verachtet und gehaßt, haben das Leid der italienischen Proletarier mitgelitten. Aber nie noch haben wir mit solcher Begeisterung, mit solcher starker innerer Ergriffenheit von diesem Leid sprechen hören, und so viel wie auch gesehen haben über die Schreckenstrennung des Großgewaltstümmigen, alle unsere Hoffnungen, die wir nach unserer Lektüre uns gestaltet hatten, wurden blaß und unwirklich gegenüber den düsteren und blutigen Bildern, die Angelika Salabanoffs Worte vor uns entrollten. Blicke stiegen vor unseren Augen auf; wir sahen den blutigen, geschändeten, mit tausend sterbenden Wunden bedeckten Leib des italienischen Volkes, wir sahen die Frage des Mörders, wir sahen die Erbarmlichkeit des Verbrechens, das eines der größten Kulturvölker der Welt verkrüppelt, verküppert in einer einzigen Gestalt. Und das glühende „Hoh“ wuchs in uns und zehntausend hoben in diesen Tagen geschworen, den Fascismus zu bekämpfen, daß und Verachtung gegen ihn in jede Arbeiterwohnung zu tragen, mitzubauen an der Mauer der Achtung des Regimes der Dauerverbreiten.

Aber den Mördern fehlt selbst jener geringe Mut, der erforderlich ist, sich zu straflosen Verbrechen zu bekennen. Sie werden, — aber sie wollen nicht Mörder genannt werden. Sie haben eine Herrschaft des blutigsten Terrors aufgerichtet, — aber sie wollen, daß das Ausland davon nicht anders als von einer Regierung der Ordnung und des Friedens rede. Mussolini wirft so albern-gedankenlos mit drohenden Kriegsworten herum, daß er alle paar Wochen neue Konflikte entzündet, — aber er will nicht als Anstößiger gelten. Er prahlt in unzähligen Reden an die Schworherden — die schwarz sind, damit das an ihnen lebende Blut nicht sichtbar ist — mit seiner Furchtlosigkeit, mit seiner Gleichgültigkeit gegenüber der Kritik des Auslandes, — aber er fühlt sich doch gekränkt, wenn im Auslande die Wahrheit über ihn und sein System gesagt wird. Niemand ist so empfindlich gegen die Wahrheit, wie der grundsätzliche Vagner. Die italienischen Konsulate sind auch Uebertwachungsstellen der antifascistischen Politik. Wegen jeder scharfen Rede, die sich gegen ihn wendet, wegen jeder Aktion gegen den Fascismus wird der außenpolitische Apparat in Bewegung gesetzt, werden „freundliche“ Vorstellungen erhoben. Und dort, wo es Gefahr und Versammlungsoberwachung gibt, haben solche Interventionen auch Erfolg. Denn dort gibt es in der Politik der herrschenden Klassen nicht nur wesensverwandte Züge, sondern

Unsere Anträge zum Budget.

Was die deutschen Regierungsparteien alles unbelieben abgelehnt haben!

Der Staatsvoranschlag für 1927 wurde von dem früheren Beamtenministerium fertiggestellt, so daß also die deutschen Regierungsparteien auf seine Zusammenstellung noch gar keinen Einfluß ausüben konnten. Es hätte eigentlich ganz selbstverständlich sein müssen, daß der erstmalige Eintritt einer großen Gruppe der nationalen Minderheiten in die Regierung auch in der Zusammenfassung des Staatsvoranschlages zum Ausdruck kommt. Hätten doch diese ehemaligen Oppositionsparteien früher Jahr für Jahr an jedem Staatsvoranschlag der früheren Regierungen schärfste Kritik geübt und in einer Reihe von Abänderungsanträgen versucht, ein Bild davon zu geben, wie der Voranschlag nach ihren Wünschen eigentlich aussehen müßte.

Es hätte also selbstverständlich sein müssen, daß die deutschen Landbändler und Merkantilisten bei ihrem Eintritt in die Regierung als erstes im Wege des Kompromisses mit den übrigen Koalitionsparteien eine entsprechende Abänderung des Budgets durchsetzen, die ihren langjährigen Wünschen halbwegs entgegenkommt. Doch weit gefehlt! Jetzt fanden dieselben Herren den Staatsvoranschlag des Finanzministers Englik, der in formeller Hinsicht zwar einige Abweichungen von den früheren Budgets zeigt, in seinem Kern aber ein getreuer Abklatsch der Budgets der allnationalen Koalition ist, auf einmal gut und schön. Raum, daß sich in den Ausschüssen bis und da ein Vertreter der Regierung deutschen einmal getraute, den Wählern mißliebige Schichten anzudeuten, daß diese oder jene Post eigentlich etwas geändert werden müßte. Das war aber auch alles. Fremdweltliche Abänderungsanträge, die sie im Schoße der Koalition bei genügender Energie hätten durchsetzen müssen, da ihre 33 Stimmen bei der Budgetabstimmung ausschlaggebend waren, wurden überhaupt nicht einmal gestellt und die Landbändler samt ihren Inbändlern stimmten auch noch rüchichtslos alle Abänderungsanträge nieder, die namentlich von den deutschen Oppositionsparteien gestellt worden waren, ganz gleichgültig, was darinnen stand und ob sie damit auch ihren eigenen Grundätzen ins Gesicht schlugen, die sie auch heute noch ihren Wählern vorlesen möchten.

Wir wollen im folgenden die Abänderungsanträge unserer Fraktion

zum Budget aus passiver Weise wiedergeben und namentlich die hervorheben, für die zu stimmen eine Selbstverständlichkeit für die deutschen Regierungsparteien hätte sein müssen. Daß sie diese eben so selbsttätig niedergestimmt haben wie alle anderen, ist ein neuer unüberleglicher Beweis dafür, daß es sich ihnen beim Eintritt in die Regierung um nichts anderes gehandelt hat als um einen guten Platz an der Futterkrippe und daß sie sich in ihrer neuen Stellung, wie schon ihr Eintreten für Jolle und Kongrus bewies, nur um ihre Ständesforderungen, keineswegs aber um die Interessen der gesamten deutschen Bevölkerung dieses Staates zu kümmern gewillt sind.

Subventionen.

Zu Artikel X des Finanzgesetzes hatte unsere Fraktion die Einsetzung eines niedrigen parlamentarischen Ausschusses beantragt, an dessen Zustimmung grundsätzlich alle Unterstufungen und Subventionen gebunden sein sollten. Dieser Antrag hätte natürlich das Ende der kontrolllosen Subventionswirtschaft bedeutet und da die Regierung deutschen nun augenscheinlich selbst von solchen Subventionen wahren und ihnen eine Kontrolle durch die Opposition deshalb höchst unbequem wäre, lehnten sie diesen Antrag glatt ab. Die Protektionswirtschaft vor allem im Landwirtschaftsministerium kann also ruhmlich weitergehen!

Deutsche Bücher und Uebersetzungen.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion ging dahin, den Posten für die Dotierung der Parlamentarischen Bibliothek mit Büchern auf den großen Mangel an deutschen Büchern entsprechend zu erhöhen und ferner zur Herstellung deutscher Uebersetzungen aller vorliegenden einschläglichen Nachrichten den Betrag von 200.000 Kronen einzusetzen. Als Herr Windisch mit seinem deutschen Referat im Budgetausschuß sich so grundlos klamierte, daß diese Niederlage durch eine „grundtätige Erklärung“ seines Klubs zur parlamentarischen Sprachentfrage verdeckt werden mußte, da war in dieser Erklärung viel davon die Rede, daß der deutschen Sprache im Parlamentsbetrieb unter den geänderten Verhältnissen eine entsprechende Stellung eingeräumt werden müsse. Als den Herren aber in diesem Antrag die erste Möglichkeit zu einer Aenderung der parlamentarischen Sprachvorschriften direkt auf dem Präsentierteller angeboten wurde, lehnten sie feckenruhig ab!

Reptilienfonde.

Im Budget für das Ministerratspräsidium findet sich ein Posten von acht Millionen für „unvorhergesehene Ausgaben“; ebenso steht auch bei anderen Ministerien vielfach ein hoher Betrag für Pressepropaganda, „wirthschaftlichen“ und „innerpolitischen Informationsdienst“ usw. wieder. All diese Budgetposten sind Dispositionsfonds, mit denen die Regierung kontrollos wirt-

schaften kann. Aus diesen Fonds werden namentlich käufliche Zeitungen angeschafft. Unser Antrag auf Streichung dieser unkontrollierbaren Posten, die sicher nicht zugunsten der „deutschen Belange“ ausgegeben werden, wird abgelehnt.

Das unentbehrliche Militär.

Seidem die Landbändler darauf gekommen sind, daß die Armee „auch das Eigentum der deutschen Bauern (gegen wen?) zu schützen hat“, sehen sie das Budgetbudget mit ganz anderen Augen an und finden in die Hunderte von Millionen gehende Posten für Flugwesen, Manöver und Waffenaubungen, dann für die französische Militärkommission usw., deren Streichung wir beantragt hatten, auf einmal ganz in Ordnung. Viele deutsche Städte, denen

staatliche Polizeiamter

aufgezwungen wurden, wissen ein Lied davon zu singen, wie schön diese Staatspolizei funktioniert. Die Stadt Karlsbad mußte sogar, da die Staatspolizei vor lauter Sorge darüber, wie Arbeiterdemonstrationen verhindert und harmlose Versammlungen oder sogar Tanzkränzen als staatsgefährlich überwachet werden, dem eigentlichen Sicherheitsdienst nicht die genügende Aufmerksamkeit schenken kann, doch wieder eigene Zivilbeamte anstellen, die die nichtpolitischen Agenden der Polizei zum größten Teil versehen müssen. Die Regierung deutschen aber stimmen feckenruhig für die von uns zur Streichung beantragte Post von

4,8 Millionen zur Errichtung staatlicher Polizeiamter

und zeigen damit ihren aufrichtigen Wunsch, auch noch den rechtlichen deutschen Städten die Segnungen staatlicher Polizei, gegen die sie sich unbegreiflicher Weise mit Händen und Füßen sträuben, aufzutrotzen.

Die von uns beantragte Streichung der

Filmzinsen

findet ebenfalls keine Gnade vor den Landbändlern.

Das härteste Stück aber haben sie sich unerkennig beim Kapitel Schulwesen geleistet. Unsere Fraktion hatte für die Durchführung der

Vorarbeiten zur Einführung der nationalen und kulturellen Autonomie

die Einstellung eines Postens von einer Million beantragt. Ohne die Regierung deutschen auf ein bestimmtes Programm zu verpflichten, sollten dadurch wenigstens die Vorarbeiten zur Schulautonomie ermöglicht werden. Aber auch dies wurde abgelehnt; Herr Hodza will uns ja eine Schulautonomie ohne geben; was also erst das Parlament mit so unnützen Sachen beschäftigen!

Der jahrelange Vernichtungskampf gegen die deutsche Schule.

die in ihrer Entwicklung dadurch um viele Jahrzehnte zurückgeworfen wurde, ist für die Regierung deutschen seit ihrem Eintritt in die Regierung nicht mehr vorhanden. Wie hätten sie sonst unseren bescheidenen Antrag ablehnen können.

„Daß zum Zweck der Unterstützung des Schulwesens der Minderheitsvölker als erste Rate ein Betrag von 30 Millionen Kronen einzusetzen sei.“

Diese hunderte Millionen würden nicht hinreichen, um die dem deutschen Schulwesen zugefügten Schäden einigermaßen weizumachen, die Landbändler aber stimmen nicht einmal für den bescheidenen Betrag von 30 Millionen; sie stimmen ebenso gleichgültig gegen die Erhöhung der Post für Volverziehung auf vier Millionen, gegen die Erhöhung von Subventionen an deutsche Theater auf drei Millionen; ja nicht einmal die Erhöhung der Subvention für die deutschen Musikschulen um 80.000 Kronen bewilligten sie.

Daß die Leute, die die Kongrus abstimmen, nicht für unseren Antrag zu haben sein werden, die

68 Millionen für Kultuszwecke

die noch immer im Budget des Schulministeriums stehen, zu streichen, ist nicht weiter verwunderlich; bekommt doch davon mehr als 54 Millionen allein die katholische Kirche, die sich damit die besten Kapitalisten für den Merkantilismus vom Staate bezahlen läßt.

Im Kapitel

Landwirtschaft

beantragten unsere Genossen die Streichung einer Post von vier Millionen, die unter dem harmlosen Titel „bauische und maschinelle Rekonstruktionen genossenschaftlicher Spiritusbrennereien“ den Großagrariern

eine fette Spiritussubvention von vier Millionen einträgt. Zum Kapitel

Bodenamt

forderten unsere Genossen eine Post von tausend Kronen für die Vorarbeiten zur Schaffung eines Gesetzes über die neue Zusammenfassung des Bodennames auf Grund des Verhältnismäßigkeitsrechtes. Am Bodenamt haben die Landbändler in der Debatte einigermaßen Kritik geübt und jede Verantwortung für dieses Referat abgelenkt, solange sie darin nicht vertreten sind. Aber

durch das Verhältnismäßigkeitsrecht auch Vertreter der Opposition in den Verwaltungsausschuß des Bodennamens aufzunehmen, die den verbrüdereten Agrariern aller Nationen auf die Finger zeigen würden, fällt unseren Landbändlern natürlich nicht ein und so stimmten sie auch den Antrag ruhig nieder.

Namentlich auf dem Gebiete der

Sozialpolitik

stellten unsere Genossen eine Reihe von wohlgegründeten Anträgen. So verlangten sie die Erhöhung der Sachausgaben für die Sozialversicherung, die mit 5,8 Millionen eingestellt sind, um hundert Millionen, um die im Gesetz ausdrücklich vorgegebene

Heilfürsorge

in Angriff nehmen und entsprechend ausbauen zu können. Hunderte, vielleicht tausende Menschenleben könnten durch eine rechtzeitige Heilfürsorge gerettet werden und der Staat käme dabei finanziell keineswegs zu kurz, da ja die Invaliden, bzw. die Versorgungsgeldnehmer für die Familie wieder in Wegfall kämen. Ueber die 145 Millionen, die der Staat ausgerechnet an den

Kriegsbeschädigten

ersparen will, haben wir schon wiederholt ausführlich gesprochen. Aber immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß neben den Landbändlern insbesondere auch die deutschen Merkantilisten Mann für Mann gegen unseren Antrag auf Einziehung dieser Post in das Budget gestimmt haben, dieselben Merkantilisten die den Kriegsbeschädigten gegenüber sich auch jetzt noch als ihre treuesten Schützer aufspielen.

Für die staatliche

Arbeitslosenfürsorge

ist ein Bettel, ganze 10,850.000 K. eingezogen; im Vorjahre waren es wenigstens noch 28 Millionen. Unsere Genossen forderten die Erhöhung dieser Post auf 135 Millionen, angesichts der ungeheuren Wirtschaftskrise und des Verfalls des Genies Systems sicher kein zu hoher Betrag, besonders wenn man die Arbeitslosenfürsorge der anderen europäischen Staaten in Betracht zieht. Aber alles wurde glatt abgelehnt. Auch finanziell ganz bescheidenen Forderungen unserer Fraktion wurden niedergestimmt. So der Antrag, für Grubeninspektionen zwei Millionen auszuwerfen oder um denselben Betrag die Post für Gewerbeinspektion zu erhöhen, für Krankenhäuser wie im Vorjahr eine halbe Million mehr auszugeben oder die Subvention für Selbstversicherungen von 1,7 auf 2,5 Millionen zu erhöhen und damit die Arbeiterinnvereine ausgediegt zu unterstützen.

Für die

Konsum- und Produktivgenossenschaften

ist ein ebenfalls ganz unzureichender Betrag von 1,2 Millionen ausgeworfen, aber dennoch ging unser Antrag, diesen Betrag wenigstens auf das Ausmaß der Gewerbetreibenden, für die 5,8 Millionen bestimmt sind, zu erhöhen, ebenfalls unter wie alle anderen.

Pensionen.

Unsere Partei verlangt immer und immer wieder die Gleichstellung aller Pensionistenkategorien, um das Elend der sogenannten Mispensionisten zu mildern, und hat deshalb auch im Budget die Erhöhung des Kapitals Pensionen von 583 auf 820 Millionen verlangt. Ferner sollte der Beitrag an die Länder für Lehrpensionisten aus demselben Grunde von 22 auf 35 Millionen erhöht und den Pensionisten der Staatsgruben an Feuerungsanlagen 17 Millionen bewilligt werden. In Pensionistenübernehmungen muß man es aufrechtzuerhalten agrarischen Rednern entsprechend klar machen, daß die Agrarier samt den Merkantilisten gegen diese Pensionserhöhungen gestimmt haben. Dabei war noch bei diesem Kapitel Stenzel von der deutschen Gewerdepartei Referent.

Entschädigung für Abgebaute.

Zum Kapitel „Allgemeiner Kasabereich“ hatten unsere Genossen folgenden Antrag gestellt:

„Auf der Ausgabe Seite ist ein Betrag von zwanzig Millionen als erste Rate zur Ermöglichung der Wiedereinstellung, bzw. zur Schadloshaltung oder Umschulung von abgebauten Staatsangehörigen einzusetzen.“

Rechnlich hätten wir auch im Budget der Eisenbahnen zehn Millionen und bei der Post fünf Millionen für die zwei Zweck angefordert. Vorwiegend Deutsche wurden abgebaut und vorwiegend Deutsche hätte dadurch geholfen werden sollen. Aber auch das half bei den Regierung deutschen nichts; sie sanktionierten durch die Ablehnung dieser Anträge nachträglich die Abbaugesetze in ihrer ganzen namenlosen Grausamkeit.

Endlich stellte unsere Fraktion noch Anträge auf Streichung der Umsatzsteuer, der Kohlensteuer und der Verbrauchssteuer und verlangte die Streichung des Küstungsfonds von 315 Millionen aus dem Kapitel XXII, wo er versteckt worden war, um mit dem kolossalen Abbau beim Verteidigungsministerium protzen zu können.

Was die Wirtschaft über die genannten Steuern denkt, die die denkbare ungedeckte Steuerbelastung darstellen, braucht man nur bei Herrn Englik nachzulesen, der einstmals über sie ein vernichtendes Urteil fällt, sie aber heute selbst als heuere Mittel benötigt, um auf einfache Weise Milliardenbeträge zu erpressen. Da klopfen die Regierungsparteien auf einmal nicht über die „Belastung der Produktion“, sondern

Praktische Weihnachts-Geschenke!

Kinderkleiderhaus Ferd. Hirsch

PRAG I., Zelezná 14



Filiale: Náródni H. 27
Platz: Yorkstraße
Teplitz-Schönau: Firma
A. Wehl, Bahnhofstraße 1
Brünn: Pa. P. Orstein,
Masarykova 9. 4399

Echte Skianzüge. Wintermäntel.

Porzellan

Weihnachts-Geschenke
wie Tafel-, Kaffee-, Tee-
Mokka-, Waschservic-
sowie Vasen, Bonbon-
nieren und Dekorationsteile:
von einfachster bis feinsten
Ausführung liefert:
Niederlage der Schlangenwälder
u. Chodauer Porzellanfabriken
Haas & Czizek, Prag II.,
Náródni 14. 4391

BON TON

Ausstellung

eleganter Pariser Modelle und eigener Erzeugnisse
zu enorm herabgesetzten Weihnachtspreisen!

Seidenhaus

Otto Kollinsky
Prag, Ruzsua 30

Sensationeller
Weihnachts-
Verkauf!

L. Fischer & Co., Prag Eisengasse 22-24.

Spielwaren

- | | | | |
|--|---------|-----------------|--------|
| Bilderbuch . . . | Kč 3.- | Auto . . . | Kč 8.- |
| Schaukelpferd . . . | 12.- | Baukasten . . . | 4.- |
| Trittröller . . . | 20.- | Trompeten . . . | 3.90 |
| Porzellan-service . . . | Kč 6.50 | | |
| Sprechpuppen unzer-
brechlich . . . | Kč 27.- | | |

KULIK'S KAFFEE

UNTER JEDEN
WEIHNACHTSBAUM!

Geschenk-Artikel in großer Auswahl

„Zur Stadt Paris“

Akt.-ges., Prag, Cetná ul. 15
Reich ausgestattet LAGER in
Galanterie-Waren,
Küchen-Geräten, Leder-
Waren, Reise-Artikeln,
Gläsern, Sportbedarf-
Artikeln, Spielwaren.
Billige Preise. Besichtigen
Sie unsere Schaufenster.
4393



CORONA

neues Modell
mit Radfahaltung

hat sämtliche Vorteile großer Bureau-
maschinen und dazu noch die Vorteile der
Billigkeit und Übertragbarkeit.

GIBLIAN & Co.

Prag II., Lucerna. Telephon 29823-24.



André

Lindner als
Weihnachtspuppenspieler

Geöffnet bis 7 Uhr abends.

